

Arm werden durch „Klimaschutz“ – Die Lunte am Strompreis

geschrieben von Admin | 4. September 2022

Die Preisentwicklung an den Energiemärkten hat inzwischen beängstigende Formen angenommen. Wer bisher davor warnte, wurde beschuldigt, Dystopien (Endzeitstimmung) zu verbreiten. Der gegenwärtige Trend hingegen lässt befürchten, dass selbst große Pessimisten zu optimistisch waren.

von Frank Hennig

Die gegenwärtige Preisrallye im Energiegroßhandel führt in apokalyptische Höhen. Eine Verzehnfachung der Gaspreise wird von einer Verdreißigfachung der Strompreise im Großhandel begleitet. Während die Gaskunden bereits über drastisch erhöhte Vorauszahlungen belastet werden, brennt die Lunte am Strompreis noch ohne Wirkung auf die meisten Kunden. Stromversorger kaufen ihre Mengen ein bis drei Jahre im Voraus, das heißt, die jetzigen Haushalts-Strompreise bewegen sich auf dem Niveau aus dieser Zeit der Vergangenheit. Neukunden dagegen landen schon bei fast 60 Cent pro Kilowattstunde (Ct/kWh).

Am Spotmarkt werden derzeit Spitzenpreise von über einem Euro pro Kilowattstunde erzielt, eine Entspannung der Lage ist nicht absehbar. Für 2023 verzeichnet Reuters derzeit für das zweite und dritte Quartal 375 Euro pro Megawattstunde, das entspricht 37,5 Ct/kWh. Das war eine Momentaufnahme von Anfang August. Erfolgt die Preisbildung für die Endkunden nach jetzigem Muster und bleiben diese Komponenten im Wesentlichen unverändert, kommen über Stromsteuer, Umlagen und Abgaben etwa 13 Cent hinzu. Das Ganze, also auch die Stromsteuer, wird dann mit der Umsatzsteuer von 19 Prozent „veredelt“, so dass am Ende mindestens 60 Ct/kWh zu Buche schlagen werden.

Allerdings steigen absehbar sowohl die Netzentgelte durch die teuren Erdkabel der Nord-Süd-Verbindungen, die Offshore-Umlage durch die Umsetzung des „Osterpakets“ als auch die Bezugspreise durch die weitere politisch gewollte Verknappung der CO₂-Zertifikate, global steigende Öl- und Gaspreise, die galoppierende Inflation und Investitionen in zu reaktivierende konventionelle Kraftwerke. Mithin sind die 60 Cent eine freundliche untere Schätzung.

Die Lunte am Strompreis droht auch sozialen Sprengstoff zu entzünden. In den vergangenen Jahren wurde 300.000 bis 340.000 Haushalten jährlich der Strom abgestellt, weil sie ihre Rechnungen nicht bezahlen konnten. Diese Zahl könnte in die Millionen gehen. Mit Ratenzahlungen ist dann nichts zu retten. Wird die – völlig berechnigte – soziale Forderung umgesetzt, dass niemandem der lebenswichtige Saft abgedreht werden darf, geraten Versorger und Stadtwerke in Insolvenzgefahr und müssen staatlich

gerettet werden. Dann sitzen neben Energieriesen wie Uniper und Enercon zahlreiche kleine Versorger und kommunale Betriebe im Rettungsboot, das über Staatsgeld erst aufgeblasen werden muss. Ob dann die Steuern für „reiche“ Normalverdiener steigen oder sich in der Besenkammer des Finanzministeriums noch ein Stapel „Sondervermögen“ findet, ist für den folgenden wirtschaftlichen Niedergang relativ unerheblich.

Primäre Ursache des Desasters ist die Marktverzerrung durch eine nachhaltige Schwächung der Angebotsseite, insbesondere durch die deutsche Abschaltspolitik. Dazu kommen extrem gestiegene Gaspreise, steigende Preise für CO₂-Zertifikate, steigende Preise für Steinkohle, Unklarheiten zur künftigen Verfügbarkeit französischer Kernkraftwerke.

Eine „Übergewinnsteuer“ soll die Rettung sein. Man sollte mit dem Nächstliegenden beginnen und die Übergewinne der Wind- und Solarbetreiber einkassieren, eine Differenzbesteuerung nach britischem Vorbild einführen. Jahrzehntlang wurden sie über ein sehr auskömmliches Umlageniveau abgesichert, die gegenwärtigen Windfall-Profite dürfen sie ungeschmälert einstecken. Schon aus Gründen der Gerechtigkeit gehört der die Umlage übersteigende Gewinn abgeschöpft, um die Verbraucher zu entlasten. Desgleichen ist das inzwischen 17 Milliarden Euro schwere EEG-Umlagekonto aufzulösen und zur Entlastung der Stromkunden einzusetzen. Der Ansatz, mit diesem Geld wiederum die EE-Branche vor steigenden Herstellungskosten der Anlagen zu schützen, ist verfehlt. In der gegenwärtigen Energiekrise wird das Komplettversagen der „Erneuerbaren“, insbesondere von Wind- und Solarstrom, deutlich. Ihr Beitrag zur Versorgungssicherheit ist vernachlässigbar. Deutsche Spitzenpolitiker reisen nicht nach Katar, Japan und Kanada, um die Lieferung von Wind- und Solaranlagen zu erbitten.

Was wäre nötig? Das Naheliegendste zuerst zu tun – Aufhören mit Abschalten. Mittel- und langfristig sind Entscheidungen zu treffen zur Rückkehr zu einem zeitgemäßen versorgungssichernden Energiemix aus sauberer Kohletechnologie, einer neuen Generation von Kernkraftwerken und der Nutzung einheimischer Energierohstoffe wie Erdgas und Braunkohle unter modernen Förderbedingungen. Das macht unabhängig von den Weltmärkten. Wir müssen nicht nur über den nächsten und übernächsten Winter kommen, sondern auch darüber hinaus auskömmlich leben können. Nach über 20 Jahren Energiewende-Erfahrung sollte man wissen, dass es das dekarbonisierte grüne Paradies aus Sonnenkraft und bewegter Luft nicht geben wird.

Die bisherigen Energiestrategien – wenn man sie als solche überhaupt bezeichnen kann – mehrerer Bundesregierungen können als gescheitert zur Seite gelegt werden. Ihr einziges stupides Ziel, die Förderung von immer mehr Wind- und Solaranlagen, war systemisch falsch und half nur der entsprechenden Lobby, nicht dem Land.

Das Argument des „Klimaschutzes“ war vorgeschoben, hätte man es ernst genommen, wäre der Atomausstieg rückgängig gemacht worden. Wir sollten

durchaus Emissionen senken, aber die CO₂-Senkung als politisches Oberziel zu installieren, ist irreführend. „Klimaschutz“ nach deutschem Rezept führt zu Armut. Man kann ihn nicht essen.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Woher kommt der Strom? Ein Tiefpunkt der Energiewende

geschrieben von AR Göhring | 4. September 2022

von Rüdiger Stobbe, 33. Analysewoche 2022

Die aktuelle Analysewoche markiert einen Tiefpunkt der Energiewende. Nicht nur, dass **netto** in dieser Woche mehr Strom aus dem benachbarten Ausland importiert werden musste als dorthin exportiert wurde. Der Strompreis (Durchschnitt KW 33 = 553,60/MWh) stieg in der Spitze auf knapp 800€/MWh. Der Zusammenhang des Strompreises mit dem importierten Strom ist im *Chart* der 33. Analysewoche offensichtlich. Der 'niedrigere' Exportstrompreis resultiert nicht aus den niedrigeren Gestehungskosten der Wind- und PV-Stromerzeugung. Es ist die Strom-Überproduktion, die sich ergibt, weil die Konventionellen zur Sicherung von Netzstabilität und Versorgungssicherheit Systemdienstleistungen erbringen müssen. Insgesamt ist der Strommarkt – genau wie der Gasmarkt – außer jeglicher Kontrolle. In der nächsten Woche wird mit dem bisherigen absoluten Strom-Rekordpreis die 1.000€/MWh-Marke überschritten. Deutschland steuert auf ein Energiepreis-Desaster plus Versorgungsdesaster zu, welche zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes führen können, wenn nicht sofort gegengesteuert wird. Ich sage das hier und heute ausdrücklich, damit am Ende des Tages niemand so tut, als hätte man das nicht wissen können („Ja, wenn wir das gewusst hätten, dann ...!“).

Was ist schnellstmöglich zu tun?

Es sind umgehend Maßnahmen einzuleiten, die zur Beruhigung der Märkte beitragen: Da ist zunächst die sofortige Ankündigung und der Beginn der Umsetzung des **langfristigen** Weiterbetriebs der drei verbliebenen noch aktiven Kernkraftwerke in Deutschland plus der schnellen Einleitung der Reaktivierung der Ende 2021 abgeschalteten vorletzten drei Kernkraftwerke. So das denn noch möglich ist.

Hinzu kommt die Verwerfung aller, auch langfristigen Abschaltpläne im konventionellen Bereich. Das ist ebenso notwendig, wie die unbefristete

Betriebserlaubnis aller konventionellen Kraftwerke. Die konventionelle Energiebranche benötigt langfristige Planungs- und Kalkulationszeiträume. Niemand kauft zu aktuellen Höchstpreisen Brennstoffe (Steinkohle, Öl, Energieträger, die dann auch noch zu den Kraftwerken transportiert werden müssen), niemand reaktiviert zu hohen Kosten (vor allem Personalkosten) faktisch stillgelegte Kraftwerke, wenn man nicht weiß, ob diese im Sommer nächsten Jahres noch Strom erzeugen dürfen, weil die Betriebserlaubnis reaktivierter Kraftwerke im Frühjahr 2023 wieder ausläuft.

Die Betriebsgenehmigung von *Nordstream II* sollte erteilt werden, die Pipeline sollte sofort in Betrieb genommen werden. Damit würde ein enormes, eingepreistes Spannungs- und Angstpotential aus den Märkten genommen. Das würde die Gas- und auch die Strompreise sofort senken. Außerdem müssen die offensichtlich formalen Modalitäten in Sachen „Turbine *Nordstream I*“ schnellstmöglich in bilateralen Gesprächen mit den Entscheidungsträgern in Russland geklärt werden, damit auch dieser Hemmschuh der Gasversorgung Deutschlands und damit ein weiterer Energiepreistreiber aus dem Weg geräumt werden kann.

Putin spielt „Spielchen“

Dass Wladimir Putin „Spielchen“ mit Deutschlands Politelite spielt, ist offensichtlich. Schließlich hat die Bundesregierung die Sanktionen gegen Rußland verhängt und trägt Sanktionen der EU mit. Deutschland liefert Waffen an die Ukraine- Die deutsche Außenministerin gibt unsägliche Sprüche von sich. Daß sich Rußland mit seinen Möglichkeiten der Rohstoffverknappung wehrt, ist meines Erachtens verständlich. Wobei Wladimir Putin sicher kein Interesse daran hat, Deutschland wirtschaftlich in die Knie zu zwingen. Das *‘schaffen wir’* offensichtlich allein. Putin will, dass Scholz, Habeck & Co. „zu Kreuz kriechen“ und *Nordstream II* in Betrieb nehmen. Das reicht ihm wahrscheinlich. Dann hat er den von Deutschland angezettelten „Wirtschaftskrieg“ zu seinen Gunsten entschieden. Dann wird das Gas strömen. Womöglich aus beiden Pipelines. Wie durch ein Wunder ist *Nordstream I* dann fertig gewartet. So sind eben die „Spielchen“ des Wladimir Putin. Nur merken das unsere Politiker nicht. Sie wollen die Klima-Welt, die Ukraine, die westlichen Werte und vieles mehr „retten“ und bewirken genau das Gegenteil. Meine Meinung.

Bei der Tabelle mit den Werten der *Energy-Charts* und dem daraus generierten *Chart* handelt es sich um Werte der Nettostromerzeugung, den „Strom, der aus der Steckdose kommt“, wie auf der Website der *Energy-Charts* ganz unten ausführlich erläutert wird. Nutzen Sie den höchst empfehlenswerten virtuellen Energiewende-Rechner. (*Wie viele Windkraft- und PV-Anlagen braucht es, um Kohle- und/oder Kernkraftstrom zu ersetzen? Zumindest im Jahresdurchschnitt.*) Ebenso den bewährten Energierechner.

Schauen Sie sich an, wie sich eine angenommene Verdopplung (Original-

Excel-Tabelle) beziehungsweise Verdreifachung (Original-Excel-Tabelle) des Wind- und Photovoltaik (PV)-Stroms auswirken würde. Beachten Sie bitte, dass der Strom bei entsprechender Kennzeichnung im *Chart* (= 1) oft eben nur im Tagesdurchschnitt ausreicht.

In der 33. Woche ist die PV-Stromerzeugung bei sehr wenig Wind- und PV-Strom so gering, dass an fünf Tagen der KW 33 der für Deutschland benötigte Strom auch bei einer angenommen Verdreifachung des Wind- und PV-Stroms nicht mal im Tagesdurchschnitt erreicht wird. Die Prognose von Agora Energiewende mit der Annahme von 86% Stromerzeugung durch regenerative Energieträger für das Jahr 2040 belegt das Scheitern der Energiewende eindrucksvoll. Neben viel zu viel Stromerzeugung um die Mittagsspitze ist zu anderen Zeiten eine konventionelle Stromerzeugung notwendig, die weit über 14% liegt. Auch wenn die Windkraftanlagen weiter ausgebaut werden: Wenig Wind ergibt auch dann nur wenig Windstrom.

Auch bei einer Verdoppelung oder Verdreifachung würde es nicht reichen. In der Vergangenheit war und aktuell ist die regenerative Stromerzeugung zur kompletten Bedarfsdeckung „Strom in Deutschland“ praktisch immer unzureichend. Dieser *Chart* belegt den Sachverhalt eindrucksvoll. Man erkennt darüber hinaus, dass zum Beispiel gut 40 Prozent regenerative Stromerzeugung im Jahr 2021 nur ein Durchschnittswert sind, und dass die 50 Prozent im Jahr 2020 trotz Zubaus weiterer regenerativer Stromerzeugungsanlagen durchaus nicht sicher erreicht werden. Der Wind, der Wind, das himmlische Kind, der Wind macht halt, was er will. Wobei noch ein physikalisch-technisches Problem hinzukommt: Weht der Wind schwach, wird – wie aktuell – wenig Strom produziert. Weht er richtig stark, wird sehr viel Strom produziert. Dann müssen die Windkraftanlagen unter Umständen aus dem Wind genommen, abgeregelt werden.

Der *Chart* mit den Import- und Exportzahlen bis zum 21.8.2022 sowie der Vortrag von Professor Brasseur von der TU Graz sind sehr erhellend. Prof. Brasseur folgt nicht der Wissenschaft. Er betreibt Wissenschaft.

Die aktuelle WiSo-Dokumentation ist dank Prof. Schwarz von der BTU Cottbus und diversen Energiewendeprotagonisten (Graichen, Kemfert, Paech) in jeder Hinsicht informativ. Dass die Energiewende faktisch gescheitert ist, veranschaulicht auch Professor Fritz Vahrenholt in seinem Vortrag beim „Berliner Kreis in der Union“.

KW 33 mit CO₂-Werten fast so hoch wie 2016

Aktuell ist ein Artikel der *enexion-group*, der sich mit Aspekten der Vergangenheit, der Gegenwart und vor allem der Zukunft der Energiewende beschäftigt. Agora-Energiewende ermöglicht solche Zukunftsbetrachtungen mit seinem Agorameter. Diese hervorragenden Möglichkeiten wurden genutzt, um die Auswirkungen des von der Bundesregierung geplanten Ausbaus von Windkraft- und PV-Stromanlagen zu prognostizieren und zu analysieren.

Beide Teile der Betrachtung „Leschs-E-Auto-Analyse“ zusammen finden Sie hier. Weiterhin lesenswert ist der Artikel vom 3. Juni 2022 der *Enexion*-Kolumne zur Energiewende: Energiewende & die Bundesnetzagentur, Politik und Gaswirtschaft. Sehr zu empfehlen ist das aktuelle Kompendium für eine vernünftige Energiepolitik der Bundesinitiative Vernunftkraft e.V. Es kann auch als Nachschlagewerk genutzt werden.

Beachten Sie bitte unbedingt die Stromdateninfo-Tagesvergleiche, möglich bis 2016, in der jeweiligen Tagesanalyse unten. Dort finden Sie die Belege für die im Analyse-Text angegebenen Durchschnittswerte und vor allem auch die Im- und Exportwerte. Der Vergleich beinhaltet einen Schatz an Erkenntnismöglichkeiten. Das Analysewerkzeug stromdaten.info ist ein sehr mächtiges Instrument, welches mit dem Tool „Fakten zur Energiewende“ nochmals erweitert wurde. Falls Sie die Agora-Handelstage vermissen: Bitte die in den Tagesanalysen verlinkte Agora-Chartmatrix aufrufen.

Wichtige Info zu den Charts: In den *Charts* von Stromdateninfo ist Solarstrom gelb markiert und *immer* oben, oft auch über der Bedarfslinie. Das bedeutet aber nicht, daß dies der Strom ist, der exportiert wird. Im Gegenteil. Wegen des Einspeisevorrangs wird dieser Strom, genau wie anderer regenerativ erzeugter Strom, bevorzugt in das Netz eingespeist. Zum Export bleibt praktisch nur konventionell erzeugter Strom übrig, der immer allein aus Netzstabilisierungsgründen benötigt wird. Gleiches gilt für zusätzliche Stromsenken, umgangssprachlich Stromverbraucher genannt. Wärmepumpen und Elektrofahrzeuge zum Beispiel erhöhen den Bedarf erheblich, so sie denn im geplanten Umfang realisiert werden sollten. Der hierfür zusätzlich benötigte Strom wird aber durchaus nicht regenerativ gedeckt. Die Sonne scheint nicht mehr und länger, der Wind weht nicht stärker, nur weil zusätzlicher Strom benötigt wird. Deshalb wird der zusätzlich benötigte Strom aktuell immer zusätzlich konventionell erzeugt. Jedenfalls so lange, bis der „massive Ausbau“ der „Erneuerbaren“ plus Speicher realisiert wurde und 100 Prozent grüner Strom nicht nur im Durchschnitt, sondern auch tatsächlich zur Verfügung steht, wenn er benötigt wird.

Montag, 15.8.2022: Anteil erneuerbare Energieträger an der Gesamtstromerzeugung **43,7** Prozent, davon Windstrom 12,45 Prozent, PV-Strom 17,82 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 13,43 Prozent. Quelle der prozentualen Auswertung ist die Tabelle mit den Werten der *Energy-Charts*. Die *Agora-Chartmatrix* mit Handelstag „Strom-Import/Export“.

Die Stromerzeugung und die Strompreisentwicklung dieses Montags belegen folgende allgemeine Sachverhalte: In Frühe ist Importstrom nachfragebedingt immer niedrigpreisiger als am Vormittag oder frühen Abend („Vorabendlücke“). Die Stromexportpreise, die Deutschland in der Regel über Mittag erhält sind niedriger als die Importpreise am Vormittag und zum Abend. Der Sachverhalt ist, wenn auch aktuell auf sehr hohem Preisniveau, das die insgesamt starke und 'noch' gewollte,

hausgemachte Energieverknappung primärer fossiler Energieträger plus geplanter Ausstieg aus der Kernenergie Ende 2022 widerspiegelt, im Marktmechanismus „Angebot und Nachfrage“ begründet. >Deutschland benötigt in der 33. Analysewoche viel Strom. Dafür müssen entsprechende Preise gezahlt werden. Das Ausland liefert keinen überschüssigen Strom, sondern produziert entsprechend. Deutschland hingegen hat mit dem per Wind- und Solarkraft erzeugten Strom ein unkalkulierbares Moment in der Stromerzeugung. Da die konventionellen Stromerzeuger aus rein technischen Gründen nicht zu jeder Zeit die Bedarfslücken schließen können/wollen und Stromimporte notwendig werden, steigt der Preis. Deutschland fragt dann ein knappes und unabdingbares Gut, hier den Strom, nach und muß die Lieferanten entsprechend bezahlen. Die Im- und Exportwerte Deutschlands und die von Deutschlands Nachbarn können hier analysiert werden.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Tagesvergleich zum 15. August ab 2016.

Dienstag, 16.8.2022: Anteil erneuerbare Energieträger an der Gesamtstromerzeugung 39,16 Prozent, davon Windstrom 5,28 Prozent, PV-Strom 21,04 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 12,83 Prozent. Quelle der prozentualen Auswertung ist die Tabelle mit den Werten der *Energy-Charts*. Die *Agora-Chartmatrix* mit Handelstag „Strom-Import/Export“.

Der Dienstag liefert ein ähnliches Bild wie der Tag zuvor. Allerdings gibt es über Tag erheblich mehr Exportstrom. Dennoch liegt der Strompreis, die Stromerzeuger Deutschlands erhalten, etwas höher als gestern. Dafür ist der Importstrompreis erheblich höher. Die Im- und Exportwerte Deutschlands und die von Deutschlands Nachbarn können hier analysiert werden.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Tagesvergleich zum 16. August ab 2016.

Mittwoch, 17.8.2022: Anteil erneuerbare Energieträger an der Gesamtstromerzeugung **37,22** Prozent, davon Windstrom 7,58 Prozent, PV-Strom 16,95 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 12,68 Prozent. Quelle der prozentualen Auswertung ist die Tabelle mit den Werten der *Energy-Charts*. Die *Agora-Chartmatrix* mit Handelstag „Strom-Import/Export“.

Das Preisniveau steigt unaufhaltsam an. Es wird wie fast jeden Tag in dieser Woche viel Strom importiert. Die Im- und Exportwerte Deutschlands und die von Deutschlands Nachbarn können hier analysiert werden.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Tagesvergleich zum 17. August ab 2016.

Donnerstag, 18.8.2022: Anteil erneuerbare Energieträger an der

Gesamtstromerzeugung 36,11 Prozent, davon Windstrom 9,66 Prozent, PV-Strom 13,55 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 12,90 Prozent. Quelle der prozentualen Auswertung ist die Tabelle mit den Werten der *Energy-Charts*. Die *Agora-Chartmatrix* mit Handelstag „Strom-Import/Export“.

Heute wird fast den ganzen Tag Strom importiert. Sehr wenig Stromerzeugung mittel Wind- und Solarkraft (21,8%). Wären da nicht noch die 9,1% Strom aus Biomasse & Wasserkraft, dann, ja dann sähe es für die regenerative Stromerzeugung doch recht bitter aus. Auch in der Zukunft. Die Im- und Exportwerte Deutschlands und die von Deutschlands Nachbarn können hier analysiert werden.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Tagesvergleich zum 18. August ab 2016.

Freitag, 19.8.2022: Anteil erneuerbare Energieträger an der Gesamtstromerzeugung 33,19 Prozent, davon Windstrom 8,35 Prozent, PV-Strom 10,54 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 14,29 Prozent. Quelle der prozentualen Auswertung ist die Tabelle mit den Werten der *Energy-Charts*. Die *Agora-Chartmatrix* mit Handelstag „Strom-Import/Export“.

Am Freitag werden wieder fast den ganzen Tag Stromimporte nötig. Es findet netto kein Stromexport statt. Die Im- und Exportwerte Deutschlands und die von Deutschlands Nachbarn können hier analysiert werden.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Tagesvergleich zum 19. August ab 2016.

Samstag, 20.8.2022: Anteil Erneuerbare an der Gesamtstromerzeugung **40,08** Prozent, davon Windstrom 9,69 Prozent, PV-Strom 13,62 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 16,77 Prozent. Quelle der prozentualen Auswertung ist die Tabelle mit den Werten der *Energy-Charts*. Die *Agora-Chartmatrix* mit Handelstag „Strom-Import/Export“.

Der Einstieg ins Wochenende (Samstag) ist wie immer bedarfsärmer als an Wochentagen, am Sonntag geht der Bedarf nochmals zurück. Das liegt vor allem am Rückgang der Handels- und Gewerbeaktivitäten Am Sonntag ruhen diese nahezu komplett, am Samstag ist es vor allem das Gewerbe, dass viel weniger aktiv ist. Dies führt nach meiner Einschätzung zum stufenweisen Rückgang des Strombedarfs am Wochenende.

Dieser Samstag ist regenerativ (Wind/Solar) noch schwächer als der Vortag. Stromimport ist allerdings über Mittag nicht notwendig. Die Im- und Exportwerte Deutschlands und die von Deutschlands Nachbarn können hier analysiert werden.

Belege für die Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-

Tagesvergleich zum 20. August ab 2016.

Sonntag, 21.8.2022: Anteil erneuerbare Energieträger an der Gesamtstromerzeugung **46,63** Prozent, davon Windstrom 8,75 Prozent, PV-Strom 22,55 Prozent Strom Biomasse/Wasserkraft 15,31 Prozent. Quelle der prozentualen Auswertung ist die Tabelle mit den Werten der *Energy-Charts*. Die *Agora-Chartmatrix* mit Handelstag „Strom-Import/Export“.

Wenig Bedarf und eine gute PV-Stromproduktion führen dazu, dass kaum Stromimporte notwendig werden. Die erhöhte Stromproduktion über die Mittagsspitze führt zu im Verhältnis 'niedrigen' Stromexportpreisen. Die Im- und Exportwerte Deutschlands und die von Deutschlands Nachbarn können hier analysiert werden.

Belege für die Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Tagesvergleich zum 21. August ab 2016.

Noch Fragen? Ergänzungen? Fehler entdeckt? Bitte Leserpost schreiben! Oder direkt an mich persönlich: stromwoher@mediagnose.de. Alle Berechnungen und Schätzungen durch Rüdiger Stobbe nach bestem Wissen und Gewissen, aber ohne Gewähr.

Die bisherigen Artikel der Kolumne Woher kommt der Strom? mit jeweils einer kurzen Inhaltserläuterung finden Sie hier.

Den Europäischen Stromhändlern zuzuhören macht sehr, sehr viel Angst

geschrieben von Chris Frey | 4. September 2022

Paul Homewood, [NOT A LOT OF PEOPLE KNOW THAT](#)

BloombergUK

Switch Editions

Sign In

Subscribe

Q

Live Now

Markets

Technology

Politics

Wealth

Pursuits

Opinion

Businessweek

Equality

Green

CityLab

Crypto

More

Opinion

Javier Blas

Listening to European Electricity Traders Is Very, Very Scary

Keeping the lights on in Europe this winter may prove more difficult than governments are currently admitting.

Keeping the lights on in Europe this winter may prove more difficult than governments are currently admitting. Photographer: Chris Ratzliff/Bloomberg

By Javier Blas

26 August 2022 at 05:00 BST Updated on 26 August 2022 at 07:12 BST

Live on Bloomberg

Watch Live TV >

Listen to Live Radio >

Popular in Opinion

Javier Blas

Listening to European Electricity Traders Is Very, Very Scary

Amanda Little

How Safe Is the Salmon on Your Plate?

Gerrit Reidy

Japanese Isn't a Good Look in China Anymore

Jessica Karl

China's Hydro Power Crisis Is Just the Start

Ramesh Ponnuru

What Bill Clinton Understood About Big Government That Biden Doesn't

Jede Woche können die Stromhändler im Vereinigten Königreich eine Stunde lang die Manager des nationalen Stromnetzes befragen. Die Telefonkonferenz, die jeder mitverfolgen kann, bietet einen Einblick in die Sorgen der Männer und Frauen an der vordersten Front des Strommarktes. Ihnen zuzuhören, wird von Woche zu Woche beängstigender – und lässt vermuten, dass es in diesem Winter viel schwieriger sein wird, die Lichter am Leuchten zu halten, als die europäischen Regierungen zugeben.

Die Preise sind schon beunruhigend genug. Am Freitag wurde den britischen Haushalten mitgeteilt, dass ihre Strom- und Gasrechnungen ab 1. Oktober um 80 % steigen werden. Die so genannte Energiepreisobergrenze wurde auf 3.549 £ (4.189 \$) pro Jahr festgesetzt, gegenüber 1.971 £ in den letzten sechs Monaten und 1.277 £ im letzten Winter.

Die Telefonkonferenz der Branche deutet jedoch darauf hin, dass das Problem weiter gefasst ist als nur die steigenden Kosten. Zunehmend werden die Worte „Notfall“ und „Engpässe“ verwendet, wobei sich die Teilnehmer darauf konzentrieren, wann und nicht ob eine Krise eintritt. Stellen Sie sich vor, Sie könnten die Gespräche zwischen den Führungskräften der Wall Street und der Federal Reserve belauschen, als sich die globale Finanzkrise 2008 entfaltete.

Hier ist eine Frage aus der Sitzung von letzter Woche: „Spielen Sie mögliche Optionen für den Fall durch, dass der grenzüberschreitende Handel in diesem Winter unter dem Druck der Versorgungssicherheit

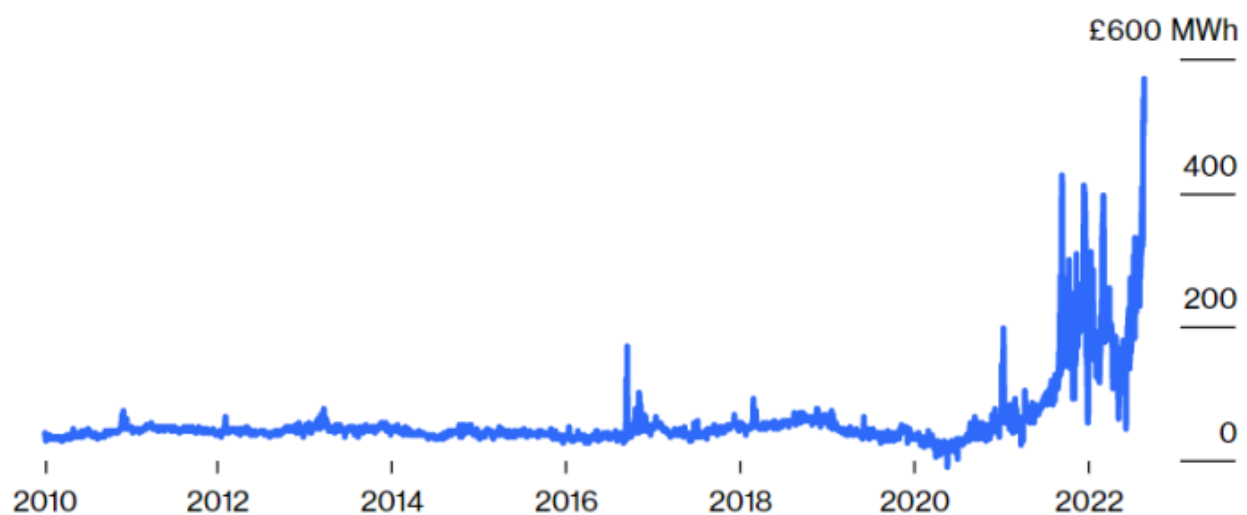
zusammenbricht?“ Und eine andere: „Können wir eine Sitzung abhalten, in der wir die Notfallvorkehrungen durchsprechen?“ Ein anderer Teilnehmer sagte, dass die Prognose für das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage nach Strom zeige, „wie schlimm der Winter für jeden sein könnte, der rechnen kann“. Derselbe Anrufer äußerte sich unverblümt zu den Vorhersagen des Netzes selbst: „Ich glaube nicht, dass Sie glauben, was Sie geschrieben haben, und niemand sonst tut das.“

Ein Beitrag war besonders aufschlussreich. „Ausgehend davon, wo die Winterprodukte 22 gehandelt werden, wie steht es da um die Energieversorgung im Winter? Der Hintergrund? Auf dem Terminmarkt nähert sich der britische Strompreis für Dezember 2022 schnell der Marke von 1.000 Pfund pro Megawattstunde und liegt damit 50 % über den aktuellen Preisen. Die Folgen? Stromknappheit.“

Vergleichen Sie den Tonfall mit dem Beharren der britischen Regierung, dass es keinen Grund zur Sorge gibt. „Haushalte, Unternehmen und die Industrie können sich darauf verlassen, dass sie über den Winter mit dem nötigen Strom und Gas versorgt werden“, erklärte Downing Street Anfang dieser Woche. „Das liegt daran, dass wir eines der zuverlässigsten und vielfältigsten Energiesysteme der Welt haben.“

Circuit Break

UK day-ahead wholesale electricity prices have surged to a record, nearly 10 times their 2010-2020 average



Source: Bloomberg

Die wöchentliche [Telefonkonferenz](#) ist offiziell als „ESO Operational Transparency Forum“ bekannt und ermöglicht es den Marktteilnehmern, Fragen an die Manager des so genannten Electricity National Control Centre zu stellen, der Drehscheibe, die den Strom im Vereinigten Königreich von den Erzeugern über die Händler zu den Verbrauchern leitet. Normalerweise befasst sich das Forum mit obskuren Problemen im Stromhandel. Doch in den letzten Wochen hat sich die Aufmerksamkeit auf

das Krisenmanagement verlagert. Ein weiteres Beispiel von Anfang des Monats: „Wie kommunizieren der Stromnetzbetreiber und das Gas-Kontrollzentrum miteinander, wenn sowohl im Gas- als auch im Strombereich ein Systemstress-Ereignis auftritt? Welches Stressereignis hat Vorrang?“ Besonders besorgniserregend ist, dass nur wenige der Katastrophenszenarien geplant zu sein scheinen.

Ein zentrales Problem ist die Frage, was passiert, wenn die europäischen Länder eine „Beggar-thy-neighbor“-Politik [etwa: „beim Nachbarn betteln“] einführen, indem sie die grenzüberschreitenden Stromflüsse abschalten, wie es Norwegen bereits in Erwägung gezogen hat. „Bitte, der Markt muss besser verstehen, wie die Verbindungsleitungen in Zeiten sehr hoher Preise und möglicher Erzeugungsausfälle genutzt werden sollen“, sagte ein Marktteilnehmer letzte Woche.

Ein weiteres Thema ist die Frage, wie stark der Verbrauch zurückgehen könnte, wenn sich Haushalte und Unternehmen die hohen Strom- und Gaspreise nicht mehr leisten können. „Welches Ausmaß an Nachfragereduzierung, an Nachfragezerstörung, prognostizieren Sie für den kommenden Winter für gewerbliche und industrielle Verbraucher als Preisreaktion“, lautete ein aktuelles Beispiel. In einem anderen Fall wurde die Frage wiederholt: „Welcher Grad an Nachfragereduzierung, wenn überhaupt, ist in Ihrer Nachfrageprognose für diesen Winter für Privathaushalte und Industrie enthalten?“ Die Netzbetreiber konnten den Anrufern keine Zahlen nennen.

Natürlich sollte sich der Anruf auf potenzielle Probleme konzentrieren – er ist dazu da, Probleme vorauszusehen und zu lösen. Aber nachdem ich in den letzten Monaten mehrfach zugehört habe, kann ich drei Dinge festhalten. **Erstens ist der drohende Stromnotstand schlimmer, als viele Führungskräfte der Branche öffentlich zugeben, und viel gefährlicher, als die Regierung zugibt. Zweitens: Die hohen Preise sind ein großes Problem, aber auch die Versorgungssicherheit ist gefährdet. Drittens: Die Zeit wird knapp, um sich vorzubereiten, bevor die Temperaturen sinken.**

[Hervorhebung vom Übersetzer]

In einem seltenen Beispiel für die dringend benötigte Transparenz hat der Leiter des finnischen Stromnetzes Anfang der Woche die Bürger aufgefordert, sich auf Engpässe in diesem Winter [einzustellen](#). Die europäischen Regierungen haben die Pflicht, ihren Wählern das Ausmaß der kommenden Krise offen zu legen. Das Ausmaß des Problems herunterzuspielen oder, schlimmer noch, so zu tun, als gäbe es das Problem nicht, wird die Stromversorgung in diesem Winter nicht aufrechterhalten.

Zwar können wir Russland die Schuld an den derzeitigen Gasversorgungsproblemen geben, doch die eigentliche Ursache für die sich abzeichnende Katastrophe ist die von der Regierung erzwungene Abschaltung der meisten unserer Kohlekraftwerke im letzten Jahrzehnt:

[Hervorhebung im Original]

Fuel	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Total capacity	90,393	89,105	89,300	84,641	84,412	79,540	78,110	81,299	82,928	77,978	75,854	76,579
Coal fired	23,682	23,665	23,661	20,619	18,765	17,556	13,699	13,363	12,337	6,817	5,361	5,361

<https://www.gov.uk/government/statistics/electricity-chapter-5-digest-of-united-kingdom-energy-statistics-dukes>

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2022/08/29/listening-to-european-electricity-traders-is-very-very-scary/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

September 2022: Mit einem Klimalockdown Start in die Klimadiktatur

geschrieben von Admin | 4. September 2022

Von Werner Köppen

Im Juli 2022 kündigt das Wirtschaftsministerium zwei Pakete an, die den Deutschen verbindliche Vorschriften machen, wie sie Energie zu sparen haben. Eine staatliche Energiepolizei soll die Einhaltung der Verordnungen überwachen. Auf dieser Webseite wurde fortlaufend gezeigt, dass die Zerstörung der deutschen Energiesicherheit unter Angela Merkel begonnen und von der Ampel-Regierung fortgesetzt wurde. Am 24. August 2022 wurde der Entwurf von der Ampelregierung beschlossen. (8.14).

Für Deutschland lebenswichtige Zeit wird von der Politik vergeudet. Während die grüne Regierung keine Zeit verliert, Sparverordnungen auf den Weg zu bringen, wird die Entscheidung über einen Streckbetrieb der 3 aktuell noch in Betrieb befindlichen AKW's durch einen sog Stresstest solange hinausgezögert, bis die notwendigen Vorbereitungen zur Verlängerung der Laufzeit nicht mehr rechtzeitig möglich sind. Die Aussage von Putin mit der Eröffnung von Nordstream 2 die Gaslieferungen wiederaufzunehmen will man nicht testen. Dagegen reist man in alle Ecken der Welt, um vorgeblich noch Erdgaslieferungen zu erhalten und bereitet die deutsche Bevölkerung auf einen harten Winter mit Einschränkungen des Wärme- und Stromverbrauchs vor.

Während ein großer Teil der Mainstreammedien nichts anderes tut als den Wortlaut der politischen Zwangsmaßnahmen zu verbreiten, fragt sich ein kritischer Anteil der Medien warum die alternativen Möglichkeiten wie Atomkraft, Öffnung von Nordstream 2 so lange unbeachtet bleiben. Liegen etwa die Gründe für das Abwarten in der politischen DNA der Grünen?

Das Hauptziel der grünen Ideologie ist es, eine „nachhaltige“ Welt zu schaffen. Und um den Weg von kapitalistischer Wirtschaftspolitik mit ihren marktwirtschaftlichen Freiheiten zur „nachhaltigen Welt mit sozialer und finanzieller Gleichheit“ zu schaffen, ist es die Aufgabe des durch seine Arbeit steuerpflichtigen Bürgers Verzicht zu üben. Verzicht auf den Wohnkomfort, Verzicht auf Reisen mit dem Flugzeug, Verzicht auf Individualverkehr mit dem eigenen Auto sowie Einschränkung bei fleischhaltiger Ernährung.

Der Bericht über ein Trainingscamp von linken Klimaaktivisten in Hamburg und deren Parolen den kapitalistischen Staat und seine Wirtschaft zu zerstören würden viel mehr die Aufmerksamkeit von Nancy Faeser verdienen als die konstruierten Vorwürfe gegen Demonstrationen demokratischer Staatsbürger.

Der Ukraine Konflikt der als Anlass für alle Probleme der Bevölkerung ausgeschlachtet wird, ist jetzt für die grüne Ideologie ein günstiger Augenblick diese Verzichtspolitik zu starten.

Die Politik wird alle Alternativen zur Lösung der Gaskrise wie Streckbetrieb der AKW's, Inbetriebnahme von Nordstream 2 oder andere Lösungen wie etwa Fracking ablehnen oder über den Winter hinauszögern. Dafür soll der deutsche Steuerzahler lernen Verzicht zu üben.

Es wird sich zeigen ob Poschardt mit seiner Einschätzung **Staatsgläubigkeit in einer infantilisierten Gesellschaft** Recht hat und inwieweit der deutsche Steuerzahler ein staatlich auferlegtes Erziehungsprogramm akzeptiert.

Ich entschuldige mich beim informierten Leser wenn ich die wichtigsten Falschmeldungen durch Politik und Mainstreampresse speziell in den Überschriften hervorhebe. Die Reichweite dieser Webseite ist sehr klein, und das Presseportal.de, eine Tochter der dpa, hat mir erklärt, meine Artikel nicht mehr verbreiten zu wollen. Ich bitte die Leser die auf dieser Webseite dargestellten Fakten an Ihre Freunde und Bekannten weiter zu kommunizieren, und danke der „kalten Sonne“ mir die Möglichkeit zu geben zu veröffentlichen.

Die Gasknappheit ist hausgemacht und nicht durch Putin verursacht (8.14.2)

Im Vorwort der letzten Aktualisierung wurde anhand von Fakten gezeigt, dass die Gründe für die aktuelle Gasknappheit hausgemacht sind. Demgegenüber beklagt sich Robert Habeck dass Vladimir Putin einen Wirtschaftskrieg gegen Deutschland und Europa führt: „Russland hat Gas

und Energie als Waffen gegen Deutschland eingesetzt“.

Obwohl die Weiterverlängerung der Atomkraftwerke möglich wäre, wird das dreist als nicht machbar erklärt. Die Erdgasvorräte Deutschlands auszubeuten wird abgelehnt, weil die Grünen gegen das Fracking sind. Die Gaspipeline Nordstream 2 bleibt geschlossen, um Putin zu bestrafen.

Der russische Präsident Vladimir Putin hat Mitte Juli in der Diskussion um die Energiekrise in Europa erneut die fertiggebaute Pipeline Nord Stream 2 als Alternative ins Gespräch gebracht: Die Energie aus Wind und Sonne reiche nicht aus, bestehende Pipelinerouten seien wegen nötiger Reparaturen ebenfalls nur bedingt einsetzbar. „Aber was das Gas betrifft, so haben wir noch eine fertige Trasse – das ist Nord Stream 2. Die können wir in Betrieb nehmen“, sagte Putin am Rande eines Gipfels im Iran.

Also alle Möglichkeiten die Folgen der Gasknappheit abzumildern werden von der Politik abgelehnt. Stattdessen verkündet Habeck „Das wird Deutschland vor eine Zerreißprobe stellen“. Das alles wäre unnötig, wenn man auf Atomenergie, Fracking, oder Gas über die Leitung Nordstream 2 zurückgreifen würde.

Im Raffineriestandort Schwedt, für den das Rohöl Ausgangsstoff für seine Produkte darstellt, erklärt Habeck der um ihre Arbeitsplätze bangenden Arbeiterschaft der Firma PCK (1200 Mitarbeiter), dass man nach neuen erdölonabhängigen Produkten für die Raffinerie sucht.

Das deutsche Einsparziel und der Streckbetrieb der deutschen AKW

Der Gas-Notfallplan der EU sieht vor, dass die Mitgliedsländer ab Anfang August bis März kommenden Jahres 15 Prozent Gas einsparen müssen. Wie die 27 EU-Länder ihre Nachfrage senken, bleibt ihnen überlassen. Deutschland für das diese Vorschrift, auf Grund seines hohen Gasverbrauchs bereits ein großes Einsparvolumen bedeutet, hat sich zusätzlich freiwillig für ein Einsparziel von 20% entschlossen.

In der Bundespressekonferenz vom 24. August erklärt die Pressesprecherin des BMWK Frau Dr. Baron, dass die Gesamtheit der verordneten Maßnahmen 2% an Gasverbrauch einsparen werden, **2 wichtige %**, wie Sie betont. Und dies würde einer Einsparung der Energiekosten von 10,8 Milliarden € entsprechen. Sie hofft, dass von davon eine Signalwirkung ausgeht.

Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck, stellte nun beim Tag der offenen Tür der Bundesregierung im Bürgerdialog fest: Bei der Laufzeitverlängerung für die letzten drei Atomkraftwerke gehe es „um weniger als zwei Prozent des deutschen Gasverbrauchs“. Es gebe andere Möglichkeiten, diese Menge einzusparen. Oder anders ausgedrückt, wenn die Politik durch die Entscheidung für einen Streckbetrieb **nur 2%** einsparen würde, dann kann dies durch andere Maßnahmen ersetzt werden, z. B. durch die eben verordnete Energieeinsparung von (nach der Bundespressekonferenz) **wichtigen 2%** auf Kosten der Steuerzahler. Bezieht

man jedoch die Einsparung durch den Streckbetrieb auf die 110 Terawattstunden Gas, die jetzt noch aus Russland über die Nord-Stream-1-Pipeline ankommen, wäre das Einsparpotenzial nicht 2% sondern etwa 14 % Prozent..

Einschub. *In der Aktualisierung vom Anfang August hat der Autor einen falschen zu hohen Wert angegeben u.a. weil bei den AKW's mit Volllleistung gerechnet worden war, was im Streckbetrieb natürlich nicht zutrifft. Nach Berechnung des TÜV Süd liefert ISAR 2 im Streckbetrieb etwa 5,2 Terawattstunden. Da die beiden anderen der 3 AKW, also Emsland und Kornwestheim typengleich und nahezu leistungsgleich sind, liefern also alle 3 AKW im Streckbetrieb etwa 15 Terawattstunden. In der Pressemitteilung von Green Planet Energy wurden für den Gasverbrauch in 2020 875 Terawattstunden angegeben. Die 15 TWh der 3 AKW's im Streckbetrieb entsprechen also einer Einsparung von 2%.*

Habeck verordnet Energiesparen durch Gesetz (8.14.3)

Inzwischen (Juli 2022) kündigt das Wirtschaftsministerium zwei Pakete an, die den Deutschen verbindliche Vorschriften machen, wie sie Energie zu sparen haben. Die Pakete sollen bereits Anfang September beziehungsweise Anfang Oktober in Kraft treten.

Neben der Einsparung von Gas sind auch Maßnahmen vorgesehen, die den Stromverbrauch senken sollen, da dies dazu beitrage, die Stromerzeugung mit Gas zu verringern. Unterschieden werden kurz-und mittelfristige Massnahmen.

Die folgenden Maßnahmen sollen laut Entwurf schon zum Monatswechsel in Kraft treten und (vorläufig) bis Anfang März gelten. So soll ein Heizverbot für Pools kurzfristig helfen. Das Heizverbot gilt nicht ausschließlich für das Heizen mit Gas, sondern auch für das Heizen mit Strom.

Künftig schickt Habeck die Energie-Polizei, um die Einhaltung seiner Gesetze zu kontrollieren: Eigentümer, deren Gebäude mit Gas beheizt wird, müssen eine „Heizungsprüfung“ durchführen lassen. Auch wenn nur das Wasser mit Gas erwärmt wird. Das Ministerium will prüfen lassen, ob die „Energieeffizienz optimiert ist“. Dazu gehört die Frage, ob die Heizungspumpe effizient ist und die Armaturen und Rohre ausreichend gedämmt sind. Auch die Nachtabenkung steht künftig unter staatlichem Prüfvorbehalt. Zudem müssen sich Hausbesitzer testen lassen, ob sie das Wasser nicht zu sehr erhitzen – die Legionellengefahr dürfen sie aber weiter abwehren.

Diese Energiespar -und Verzichtsmodele entsprechen dem Vorgehen, das in der Studie des Umweltbundesamts zur Energiewende Mit Suffizienz mehr Klimaschutz modellieren (siehe auch Kapitel 2.3.11.1) vorgeschlagen wird. In dieser Studie aus dem Jahre 2018 hat die deutsche linksgrüne Politik ihr Modell von der Energiewende durch „Mithilfe“ des Verzichts der Bürger bereits durchgespielt

Grüne Energiepolitik fordert Verzicht vom Bürger (8.14.4)

Schon in der bereits 2016 durchgeführten Studie des Umweltbundesamts „**Konzept zur absoluten Verminderung des Energiebedarfs**“ durchgeführt vom ISE in Freiburg stellen auf mehr als 600 Seiten 18 Forscherinnen (Frauenanteil mehr als 70%) die gesamte Bandbreite der Möglichkeiten des Verzichts der Bürger zur beschleunigten Verwirklichung der Klimaneutralität zusammen. Folgende Maßnahmen werden als prioritär vorgeschlagen: Reduktion der Wohnfläche pro Kopf, Absenkung der Raumtemperatur, Verlagerung auf den Radverkehr, Telemeetings und die Reduktion von Lebensmittelabfällen. Folgende Maßnahmen erscheinen als perspektivisch interessant, derzeit aber noch politisch schwer umsetzbar: Suffizientes Nutzungsverhalten, Reduktion privater Flugreisen und die Reduktion des Fleischkonsums.

Am Ende dieser Arbeit wird zur Umsetzung der Empfehlungen angemerkt:

*# **Der Staat ist grundsätzlich berechtigt (und dies ist seine Aufgabe), in individuelle Freiheiten einzugreifen, wenn dies zum Schutz der Freiheiten anderer oder zur Erreichung wesentlicher Staatsziele erforderlich ist. Zu diesen gehört auch der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen (Art. 20 GG).***

Es bestehen berechtigte Zweifel daran, dass individuelle Entscheidungen der Konsumentinnen und Konsumenten allein die schnellen und umfassenden Änderungen hervorbringen werden, die aus Klimaschutzperspektive notwendig sind.

*# Was als „privater“ Bereich erlebt wird, in den der Staat nicht eingreifen darf und was als „öffentlicher“, der politischen Gestaltung zugänglicher Bereich, ist kulturell verschieden und historisch wandelbar. **Bekannte Beispiele sind der Besitz von Schusswaffen in den USA [...]***

*# Politische Entscheidungsträger können im Wechselspiel mit gesellschaftlichen Akteuren durch verschiedene Eingriffe **zu geeigneten Gelegenheiten** den kulturellen Wandel vorantreiben helfen.*

Die aktuelle Gelegenheit in den privaten Bereich den Klimaschutz in der Gesellschaft voranzutreiben (kultureller Wandel) bietet nun der Ukraine Konflikt. (Siehe Robert Habecks Behauptung, dass Vladimir Putin einen Wirtschaftskrieg gegen Deutschland und Europa führt.)

Das Ölembargo ohne Wirkung (8.14.5)

Der Umsatz der russischen Erdölexporte ist von durchschnittlich \$15 Milliarden/Monat in 2021 auf aktuell \$20 Milliarden/Monat angestiegen. Ein Hauptgrund sind die stark gestiegenen Marktpreise durch das von den USA und der EU verhängte Ölembargo, Teil des Sanktionspakets, das von Annalena Baerbock mit dem Kommentar „Das wird Russland ruinieren“ begleitet wurde.

Das endgültige Inkrafttreten des EU Embargos ist wohl erst Ende diesen Jahres aber die Aufkäufe Europas haben sich bereits stark reduziert.

Dies wurde aber deutlich abgemildert durch die stark gestiegenen Exporte Russlands nach Indien von 800 000 bis 900 000 Barrel/Tag und damit erheblich mehr als unter 100 000 Barrel /Tag vor dem Ukraine Konflikt.

Die chinesischen Importe von russischem Erdöl lagen nach Angaben des chinesischen Zolls im Mai mit 1,98 Millionen Barrel/Tag um etwa 55% über dem Vorjahr.

Interessanterweise hat Deutschland dieses Jahr Indien zur Entwicklung der Erneuerbaren Energien für die nächsten Jahre eine Unterstützung von €10 Milliarden zugesagt.

Das Ölembargo hat Putin verbesserte Rohölumsätze gebracht und für Deutschland bei normalem Winterverlauf Kälte und Dunkelheit

Ökodiktatur und Klimalockdown (8.14.6)

Der Journalist Claus Strunz sieht in den zwei Gesetzespaketen zum Energiesparen für Geschäftsinhaber und Privatpersonen einen Klimalockdown, ähnlich wie das Eingreifen des Staats in den privaten Bereich während der Corona Pandemie.

So beschreibt der Präsident des WEF Klaus Schwab Die COVID-19 Krise als Opportunity für die Transformation der Gesellschaft:

„Die COVID-19 Krise beeinträchtigt jede Facette des menschlichen Lebens in jedem Teil der Welt. Aber Tragik ist nicht ihre einzige Folge. Im Gegenteil, die Pandemie stellt die seltene Opportunity dar unsere Welt neu zu überdenken, sie neu zu konzipieren und neu aufzubauen, um eine gesündere, gerechtere und mehr Wohlstand bietende Zukunft zu schaffen. [...]

In der Tat, die gute Seite der Pandemie ist, dass sie gezeigt hat, wie schnell wir radikale Änderungen unserer Lebensweise verwirklichen können. Nahezu von einem Moment zum anderen hat die Krise Unternehmen und Einzelpersonen gezwungen Gewohnheiten zu verlassen, die lange als unverzichtbar galten, von häufigen Flugreisen bis zur Arbeit in einem Büro.“

Das alles das Resümee von Schwab, dem „Erfinder“ des Great Reset, zur Corona Pandemie

Zur radikalen Änderung unserer Lebensweise äußert sich die grüne Politikerin Eckart-Göring in einem Interview:

„Die Einschränkungen sind nur der Anfang“

Die notwendigen Einschränkungen wegen des Krieges sind nur der Anfang.

Die Klimakrise wird uns noch viel mehr Einschränkungen abverlangen.

Was meinen Sie damit?

Unser Leben wird sich verändern, ob wir wollen oder nicht. [...] Bisher ging es bei der Definition von Wohlstand nur um das Bruttoninlandsprodukt und Wachstum. Künftig wird für Wohlstand auch entscheidend sein, ob ein Land eine gute Klimabilanz und ein funktionierendes Bildungs- und Gesundheitssystem hat. Wirtschaftswachstum ist wenig wert, wenn wir ein Klima haben, das menschliches Leben auf der Erde unmöglich macht.

Glauben Sie, dass die Menschen bereit sind, auf klassischen Wohlstand zu verzichten?

Wir werden lernen müssen, Einschränkungen hinzunehmen. Wir leben in einer Gesellschaft des Überflusses.

Was ist mit denen, die schon jetzt kaum über die Runden kommen?

Wohlstand ist schon jetzt sehr ungerecht verteilt. [...] Wir werden die Ressourcen neu verteilen müssen.

Was heißt das konkret? Eine Reichensteuer?

Wir haben eine Notsituation, nicht wegen einer, sondern gleich mehrerer Krisen. [...] Gleichzeitig kann es nicht sein, dass der Staat, also das Gemeinwesen, Schulden anhäuft, während einige, die besonders viel haben, sich einen schlanken Fuß machen. Ich kann mir vorstellen, dass man den CO₂-Verbrauch stärker besteuert. Wer eine besonders hohe CO₂-Bilanz hat, zum Beispiel mit einer großen Wohnung, zwei Autos und permanenten Flugreisen, der muss mehr zahlen. Denkbar wäre auch eine temporäre Vermögensabgabe. Wir brauchen einen neuen Gerechtigkeitsvertrag. Wir werden künftig soziale Gerechtigkeit nicht mehr von Klimagerechtigkeit trennen können. [...]

Zur Möglichkeit die AKW länger laufen zu lassen um die Belastung der Bevölkerung zu mindern meint sie

Wir halten fest. Sie sagen: Der Ausstieg vom Ausstieg aus der Atomenergie wird in Deutschland nicht kommen, Energiekrise hin oder her.

Richtig. So haben wir es in der Koalition vereinbart. Die Atomdebatte ist eine Scheindebatte, die davon ablenken soll, dass die alte Regierung, allen voran die Union, die aktuelle Energiekrise zu verantworten hat und wie wir dauerhaft aus ihr herausfinden. Zumal der Atomstrom auch gar nicht so viel bringt. Es geht um ein Prozent Gas und sechs Prozent Strom. (Die Zahlen sind falsch, siehe oben) Das kriegt unser starkes Land mit Einsparungen rein. Wer jetzt über Atomkraft diskutieren will, ist nicht an der Frage interessiert, wie wir unabhängig bei der Energie werden. Sondern nur daran, den Grünen eins reinzuwürgen.

Der neue Wohlstand heißt nachhaltiges Wirtschaftswachstum (8.14.7)

Das neue Wohlstandsverständnis wird im Jahre 2019 Sachverständigenrat für Umweltfragen angesprochen und definiert:

Die herausragende politische und wirtschaftliche Bedeutung, die dem BIP zugesprochen wird, ist nicht gerechtfertigt, da viele bedeutende gesellschaftspolitische Ziele zur Steigerung der Lebensqualität nicht abgebildet werden. Zum einen werden Verteilungen, wie Einkommensungleichheiten, nicht berücksichtigt. [...]

Zum anderen fließt die Finanzierung der Folgen von Umwelt- und Gesundheitsschäden positiv in die Berechnung des BIP ein. Ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum kann daher durch den Indikator BIP nicht abgebildet werden.[...]

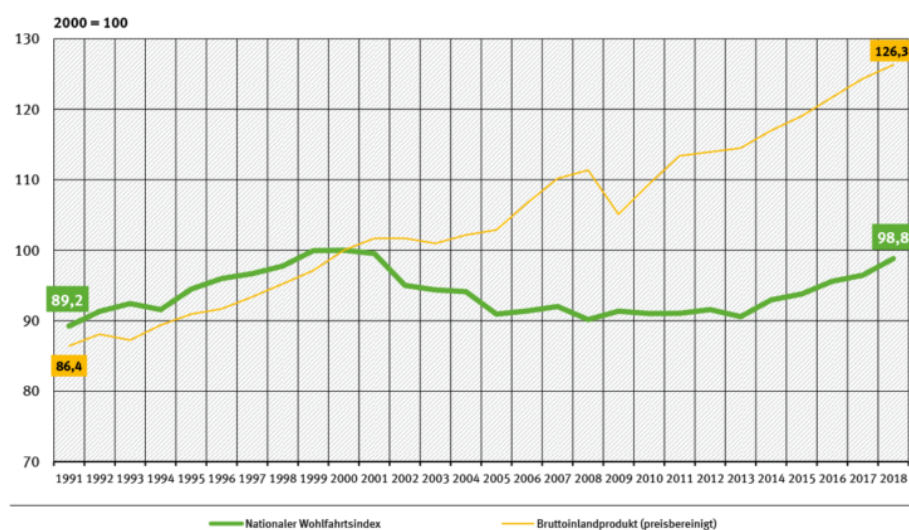
Um eine umwelt und sozialverträgliche Wirtschaftsleistung abzubilden, sollten dem Indikator BIP pro Kopf weitere Indikatoren zur Seite gestellt werden.[...]

Der SRU empfiehlt der Bundesregierung, dem BIP mindestens einen Indikator zur Seite zu stellen, der ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum abbilden kann, indem weitere Aspekte von Lebensqualität berücksichtigt werden.[...]

Hierfür könnte beispielsweise der Nationale Wohlfahrtsindex (NWI) herangezogen werden . [...]

Nachhaltigkeit sollte durch verschiedene ökologische und soziale Indikatoren abgebildet werden und über das BIP sowie über die Darstellung der (Vermeidungs-)Kosten von CO₂ und Klimawandel hinausgehen.“

Entwicklung des Nationalen Wohlfahrtsindex (NWI) und des Bruttoinlandsproduktes (BIP)



Quelle: Freie Universität Berlin, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST); Daten für 2018: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) 2020, Policy Brief 96, NWI 2020 – Auswirkungen der Coronapandemie auf die Wohlfahrt

Entwicklung des Nationalen Wohlfahrtsindex (NWI) und des Bruttosozialprodukts (BIP)

Zur Definition des NWI schreibt das Umweltbundesamt::

„Mit dem NWI wurde ein [Indikator] entwickelt, der diese Kritikpunkte berücksichtigt. Ausgehend von den Konsumausgaben enthält der NWI Zu- und Abschläge, je nachdem ob es sich um wohlfahrtssteigernde oder wohlfahrtsmindernde Kategorien handelt. Zunehmende Ungleichverteilung verringert den Wert des Index. Umweltkosten und Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen sind Beispiele für negative Kategorien, Ehrenamt und Hausarbeit für positive Kategorien. Der NWI kommt auch in den Bundesländern zunehmend zum Einsatz (Diefenbacher et al. 2016).“

Moralisierende Gesinnung und autoritärer Politikstil der Grünen (8.14.8)

Dieses Kapitel ist für das Verständnis der im vorstehenden Text aufgeführten Verbote und autoritären Maßnahmen der aktuellen Politik wesentlich.

In der Veröffentlichung der beiden Wirtschaftswissenschaftler Söllner und Pritzl **Moralismus, Ideologie und staatlicher Dirigismus bei den Grünen – Das Beispiel der Klimapolitik**(Jahr 2021) werden die grüne Ideologie sowie ihre Umsetzung eingehend analysiert. .

Nachfolgend sind die entscheidenden Ergebnisse zusammengefasst:

Die Klimapolitik der Grünen ist eine wohlklingende Weltanschauung charakterisiert durch einen allumfassenden Staatsdirigismus mit tiefverwurzelter Technologieskepsis und konsequenter Marktablehnung.

Die Grünen sehen als Ursache für die Klimakrise böswillige und rücksichtslose Menschen, die das Klima absichtlich zerstören um ihre egoistischen Ziele zu verfolgen.

Demgegenüber die moralische Überlegenheit der grünen Energiepolitik zum Schutz des Klimas alles zu unternehmen und diesem Ziel alles unterzuordnen.

Dabei stehen sich *Wissenschaftsgläubigkeit* in einzelnen Bereichen (z.B. CO₂-Budgetdenken, naturwissenschaftliche Klimamodelle, statische planetare Grenzen) und extreme *Wissenschaftsablehnung* und fundamentale *Technologiefeindlichkeit* diametral gegenüber (z.B. Weiterentwicklung der Kernkraft- oder Kernfusionstechnologie).

Das politische Angebot, das die Grünen unterbreiten, ist ein *moralisch-fürsorglicher Staat*. Ein zentrales Politikelement der Grünen besteht darin, zunächst vermeintliche gesellschaftliche Krisen und Bedrohungen zu skizzieren und dann staatlichen Schutz anzubieten. Die Grünen bedienen sich gezielt des Instrumentes der *Verängstigung und der Verunsicherung der Menschen*: Die Begriffe „Klimakatastrophe“ und

„Klimanotstandes“ vermitteln ganz besondere Dringlichkeit, drohenden Kontrollverlust und akuten Handlungsdruck.

Die Grünen fordern deutlich ein „klimagerechtes Wirtschaften“ bei dem die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen aber nur noch eine untergeordnete Rolle spielen. Kompromisse mit anderen gesellschaftlichen Zielen dürfen bei einer Verabsolutierung des Klimazieles nicht gemacht werden

Sie streben nicht einen menschenwürdigen Wohlstand, sondern einen »klimagerechten Wohlstand« an.

In der Klimapolitik verbitten sich die Grünen jegliche Kritik an ihrer eklektischen Wissenschaftsgläubigkeit und ihres technokratischen Fehlschlusses.

Das Diskreditieren von sogenannten »Klimaleugnern«, wenn sie Maßnahmen vorschlagen, die nicht der moralisch-ideologischen Vorstellungswelt der Grünen entsprechen, zeugt von einem wenig demokratischen Gesellschafts- und wenig offenen Diskursverständnis.

Die in dieser Ideologie für richtig erachteten klimapolitischen Maßnahmen sind unverzüglich – und notfalls auch unter bewusster Verletzung demokratischer Prinzipien (z.B. Einbindung des Parlaments) und gezielter Umgehung bzw. Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien (z.B. Freiheitsrechte, Eigentumsschutz) durchzusetzen..

Dies erklärt warum die Grünen weiterhin die nationale Vorbildrolle Deutschlands in der Klimapolitik mit immer ambitionierteren nationalen Klimaschutzzielen weiter propagieren, an einer nachweislich ineffektiven und ineffizienten Energie- und Klimapolitik festhalten und dass die Grünen die mächtigsten Verbündeten der Erneuerbaren-Energien-Lobbyverbänden im gesellschaftlichen Verteilungskampf sind.

Es geht den Grünen nicht (nur) um die Klimaschutzziele, sondern die Klimapolitik ist selbst ein politisches Instrument für eine erstrebenswerte Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Sie haben ganz konkrete Vorstellungen davon, wie welche gesellschaftlichen Bereiche zu funktionieren haben und welche genauen gesellschaftlichen Ergebnisse erwünscht sind. Daher denken die Grünen vor allem in Verboten und staatlichen Vorgaben.

Die Grünen sind für einen konsequenten Atomausstieg (Lebenselixier der Partei), für einen Ausstieg aus allen fossilen Energieträgern, sie sind gegen die Automobilindustrie, gegen die Energiewirtschaft (wenn nicht erneuerbar), gegen den Luftverkehr, gegen Einfamilienhäuser, sie sind im Grunde gegen Wirtschaftswachstum und plädieren lieber für Suffizienz und Verzicht. Sie sprechen sich frank und frei für »weniger Fleisch und weniger Mobilität« aus (Suffizienz, Klima-Große Transformation 2.3.11.1). Die Liste mit den von den Grünen gewünschten Verboten ist so

lang, dass die Grünen von vielen Bürgern als die »Verbotspartei« schlechthin angesehen werden.

Mit diesen Forderungen/Verboten ist eine offene oder versteckt vorgetragene *Wachstums- und Kapitalismuskritik* verbunden. Die Klimapolitik sehen viele der Grünen als einen geeigneten Weg, das schon immer unerwünschte private Unternehmertum und den unliebsamen marktlichen Wettbewerb auszuhebeln.

Verbote und Vorschriften sind im Menschenbild der Grünen die geeigneten Instrumente, um ihre Klimapolitik durchzusetzen.

Die staatliche Steuerung in allen Lebensbereichen verbannt die fundamentalen Werte der sozialen Marktwirtschaft, Freiheit, Eigentum, Wettbewerb und Verantwortung. Der Staat greift massiv in den Wettbewerb ein und bestimmt, dass alle wirtschaftlichen Aktivitäten am gesamtgesellschaftlichen Wohlstand ausrichten.

Da die Grünen ihr politisches Selbstverständnis mit der moralisierenden Klima- und Energiepolitik existenziell verbinden, werden sie am wenigsten eine kritische und rational geführte Diskussion über Ziele und Instrumente der Klimapolitik zuzulassen bereit sein.

Die Grünen zeichnet eine *tiefe Marktskepsis* aus. Sie können und wollen nicht verstehen, dass die Menschen sich in ihrem eigeninteressierten Verhalten an finanziellen Anreizen orientieren. So haben sie kein realistisches Konzept für eine effektive und bezahlbare Energiewende.

Noch eine ergänzende Bemerkung zur aktuellen Politik. Viel Bürger stellen sich die Frage: wie kommt es, dass die Partei der Grünen die etwa 15% bei der Wählerstimmen erzielt hat in so ausschließlicher Form die aktuelle deutsche Politik bestimmt? Der Grund ist einfach, die grüne Ideologie beherrscht die Politik aller Parteien Deutschlands. Von der AFD abgesehen gibt es in Deutschland keine Opposition. Friedrich Merz und Christian Lindner suchen die Nähe zur grünen Partei um mit ihr koalieren zu können und ein gemeinsames, selbstgerechtes Bündnis zur Rettung der Welt zu schließen.

Der deutsche Bürger: Potential für die ausserparlamentarische Opposition ?

Zu dieser Möglichkeit hat vor kurzem Ulf Poschardt in der Welt einen vielsagenden Artikel verfasst **Staatsgläubigkeit in einer infantilisierten Gesellschaft**, der wahrscheinlich das Potential von bürgerlichem Widerstand ausschließt.

Einige kritische Stimmen zur Energiekrise (8.14.9)

In einer für das Öffentlich-rechtlich Fernsehen sehr mutigen und professionell gemachten WISO Sendung werden die prominenten Akteure der Energiewende kritisch befragt. In der gewohnten Weise ist die Lösung der

unbedingte Ausbau der Erneuerbaren Energien. Bezüglich der heute noch fehlenden Speicherkapazitäten verweist der Staatssekretär Patrick Graichen auf die in Zukunft in Millionen zählenden Elektroautos mit ihren Batteriespeichern.

Die in Fernsehtalkshows fast allgegenwärtige Claudia Kemfert geht nicht so ins Detail und stellt fest: Energiespeicher gibt es in Deutschland „noch und nöcher“.

Damit zeigt sie eine technische Kompetenz, die an Frau Annalena Baerbock erinnert, die das „Netz als Speicher betrachtet, und das genau berechnet“. Beim Anhören dieser Expertenmeinungen laufen dem informierten Zuhörer wahre Schauer vor den Entwicklungen der nahen Zukunft über den Rücken.

Das erklärt, dass es zur Zeit vermehrt Meinungsäußerungen gibt, die die Realität gut analysieren und die Schwächen schonungslos ansprechen. Zu erwähnen sind hier die Videos „Achtung Reichelt“, ehemaliger Chefredakteur bei BILD, z.B. seine Ausstrahlung die „Stromverschwörung von Habeck und Co.“

Doch auch die aktuelle Redaktion von BILD äußert sich kritisch zur Energiesparverordnung, die sie als Klimalockdown einstufen.

Der Beitrag erschien zuerst bei Kalte Sonne hier

Soll per Gas-Umlage die Wärmepumpe die Gasheizung verdrängen?

geschrieben von Admin | 4. September 2022

Zur „Weltklimaretterung“ sollen die fossilen Brennstoffe durch elektrische Wärmepumpen zum Heizen ersetzt werden. Die hohen Gaspreise könnten diese Umstellung beschleunigen. Doch woher soll der Strom kommen?

Prof. Dr. Hans-Günter Appel
NAEB Pressesprecher

Die Gaspreise in Europa haben sich laut Statista seit Mitte des letzten Jahres verzehnfacht. Der größte Anstieg beruht auf dem Gasembargo der EU-Staaten gegen Russland. Mit dem Embargo wurden langfristige Lieferverträge für preiswertes Gas aus Russland gebrochen und in einer Zeit weltweit steigender Erdgasnachfrage auf den größten Gaslieferanten verzichtet. In der EU führt diese Politik zu einem akuten Gasmangel und zu extrem hohen Gaspreisen. Deutschland wird davon besonders hart betroffen, weil über 50 Prozent der Haushalte mit Gas heizen und die

Industrie im großen Maß ihre Produktion auf Energie aus Erdgas umgestellt hat. Doch der Verzicht von Gas aus Russland soll bleiben. Wirtschaftsminister Habeck plant stattdessen die Rationierung von Gas im nächsten Winter für Haushalte und Industrie. Frieren in den Wohnungen und Schließen von Fabriken wird die Folge sein.

Die Gaspreise werden noch erhöht durch die Gasabgabe von 2,4 Cent/Kilowattstunde. Das sind weitere 20 Prozent auf den Gasimportpreis in Europa. Mit dieser Abgabe sollen die Gasimporteure entschädigt werden, die nun kein preiswertes Gas aus Russland importieren dürfen und daher zu den hohen Weltmarktpreisen einkaufen müssen, um ihre gleichfalls langjährigen Lieferverpflichtungen an die lokalen Energieversorger, vorwiegend Stadtwerke, erfüllen zu können. Ohne diese Entschädigungen müssten die Gasimporteure Insolvenz anmelden, denn die Verluste können nicht aufgefangen werden. So meldet der größte Gasimporteur Uniper zurzeit Verluste von 100 Millionen Euro pro Tag. Dazu kommen Abschreibungen in Milliardenhöhe für die Beteiligung an der Gasleitung North Stream 2, deren Inbetriebnahme von der deutschen Regierung und von der EU abgelehnt wird.

Verfolgt man die Berichte in den Medien über die Gasimporte von Russland nach Deutschland, erhält man den Eindruck, Russland sei Schuld an dem Gasmangel. Das ist nicht richtig. Die EU-Länder haben mit ihrer Embargo-Politik die langfristigen Abnahmeverträge nicht mehr erfüllt. Sie fordern aber noch Teilmengen, bis eine sichere Versorgung ohne russisches Gas erreicht ist.

Deutschland verteuert darüber hinaus Erdgas noch zusätzlich. Neben der Gasabgabe wird die CO₂-Steuer auf fossile Brennstoffe erhoben und sogar im kommenden Jahr um mehr als 15 Prozent auf 35 Euro pro Tonne CO₂ erhöht. Dadurch wird Gas um weitere 1 Cent/Kilowattstunde (ct/kWh) teurer. Hinzu kommt dann noch die Mehrwertsteuer.

Doch was will die Bundesregierung mit Habeck als verantwortlichen Energieminister damit erreichen? Soll mit solchen Maßnahmen die Energiewende vorangetrieben werden? Vieles spricht dafür. Steigende CO₂-Zertifikatekosten im Verein mit teurer gewordener Kohle haben die Kosten für Kohlestrom vervielfacht. Immer häufiger liegen sie über der EEG-Vergütung für Wind- und Solarstrom. Die Fakepower-Erzeuger (Fakepower = Wind- und Solarstrom ist nicht plan- und regelbar. Er ist zweitklassiger Strom, der kein stabiles Stromnetz bilden kann) erhalten so noch einen weiteren Gewinn zu den schon hohen und garantierten EEG-Vergütungen. Ein Abschöpfen dieser zusätzlichen Gewinne wird aber nicht diskutiert. (Zur Erläuterung: Die EEG-Umlage wurde inzwischen gestrichen, nicht aber die EEG-Vergütungen. Sie werden nun aus dem Steueraufkommen bezahlt.)

Die grünen Klimaretter hofften, mit der Verteuierung der CO₂-Emissionen den Strom der Kohlekraftwerke teurer zu machen als Fakepower. So sollten die Kohlekraftwerke abgeschafft werden. Doch das ist technisch nicht möglich, denn bei Dunkelflaute gibt es weder Solar- noch Windstrom.

Allein die Betreiber der Fakepower-Anlagen profitieren von dieser Entwicklung und fordern die zügige Verdreifachung der Anlagen nach den Plänen von Minister Habeck.

Wird eine vergleichbare Politik zum Heizen verfolgt? Nach Ansicht der grünen Klimaschützer müssen die Gasheizungen durch elektrisch angetriebene Wärmepumpen ersetzt werden, weil dann kein CO₂ emittiert wird. Wieviel CO₂ bei der Stromerzeugung anfällt, wird jedoch nicht hinterfragt. Bisher ist das Heizen mit Gas deutlich preiswerter als der Einsatz von Wärmepumpen. Doch bei den horrenden Gaspreisen könnte sich eine Umstellung auf Wärmepumpe rechnen. Mit dem Verzicht auf russisches Gas, mit der CO₂-Steuer auf fossile Brennstoffe und mit der Gasumlage treibt Deutschland die Gaskosten über das Weltmarktniveau in die Höhe. Ist dies Absicht, um so eine Umstellung auf Wärmepumpen voranzutreiben?

Eine solche Politik wird von der Denkfabrik Agora Energiewende gestützt. Die über 80 Beschäftigten der Gruppe haben sich nach eigener Darstellung *den Klima- und Energiezielen verschrieben, die von der europäischen und deutschen Politik beschlossen wurden*. Sie sind nicht nur die maßgebenden Berater der Bundesregierung, sondern auch aktiv in der Gesetzgebung. So ist der langjährige Geschäftsführer von Agora Energiewende, Dr. Patrik Graichen, von Wirtschaftsminister Habeck als beamteter Staatssekretär eingesetzt worden. Diese Stellung hatte früher Rainer Baake, der maßgeblich die Stilllegung der deutschen Kernkraftwerke vorangetrieben hat und heute die Fäden bei Agora zieht. Finanziert wird Agora von USA-Stiftungen und auch von dem Wirtschaftsministerium. Es lohnt sich, im Internet weiter über diese Denkfabrik zu recherchieren.

Ab dem Jahr 2024 dürfen nach beschlossenem Gesetz nur noch neue Heizungen installiert werden, die mindestens 65 Prozent „erneuerbare“ Energien einsetzen. Dazu zählen Wärmepumpen auch dann, wenn der Strom mit fossilen Brennstoffen erzeugt wird.

Die Heizung mit Wärmepumpen kann auf den ersten Blick wirtschaftlich sein. Angegeben wird ein Wirkungsgrad von drei. Das heißt, mit einer Kilowattstunde Strom können drei Kilowattstunden Wärme erzeugt werden. Bei einem Strompreis von 40 ct/kWh und einem Gaspreis von 20 ct/kWh würde man mit Strom preiswerter heizen. Doch das ist ein Trugschluss. Der Wirkungsgrad fällt mit sinkender Außentemperatur, also in der Heizperiode, deutlich. Erreicht der Wirkungsgrad zwei, gibt es keinen Kostenvorteil mehr. Mit sinkendem Wirkungsgrad geht auch die Heizleistung zurück. Dann muss eine elektrische Zusatzheizung einspringen. Vom preiswerten Heizen mit einer Wärmepumpe kann keine Rede sein.

Ungeklärt ist auch, woher der Strom für die Wärmepumpen kommen soll. Die gesicherte Erzeugerleistung nähert sich bereits jetzt dem Bedarf und soll weiter abgebaut werden. Dann gibt es nur noch Strom, wenn der Wind weht und die Sonne scheint. Bei nebligem Winterwetter ist frieren angesagt. Hier wird einfach vorausgesetzt, dass immer genügend

„erneuerbarer“ Strom zur Verfügung steht. Das ist bei Weitem nicht der Fall. Für die Umrüstung von 10 Millionen Haushalten auf Wärmepumpen zum Heizen werden 50 zusätzliche Großkraftwerke gebraucht. Es ist eine Utopie, diese Energiemengen könnten mit Windgeneratoren und Photovoltaik bereitgestellt werden. Die gesetzlichen Forderungen sind nicht durchgerechnet worden. Die Physik akzeptiert aber Wunschvorstellungen nicht.

Es wird Zeit, die Energiepolitik wieder in die Realität zurückzuführen. Fachleute müssen die Führung und Verantwortung übernehmen. Nach den öffentlichen Äußerungen von Minister Habeck und seinem Staatssekretär Graichen muss man an deren Sachkompetenz für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung ernste Zweifel anmelden.

Hans-Günter Appel

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel

Pressesprecher

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.